



Cornelia Behm Nachrichten

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Informationen der Brandenburger Bundestagsabgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Cornelia Behm

Ausgabe 11 – Juli 2008

KOLUMNE

Klimaschutz

Liebe Leserin, Lieber Leser

der Wald ist grün. „Selbstverständlich!“ werden Sie sagen, es sei denn, Sie erinnern sich noch an das Waldsterben in den 1970er Jahren. Aber auch heute ist der Wald nicht immer und überall grün. Und angesichts der durch den globalen Klimawandel hervorgerufenen Probleme ist er wieder einmal in die Schlagzeilen gerückt. Er soll CO₂ speichern, den nachwachsenden Rohstoff Holz liefern, vor Hochwasser schützen, die Luft rein halten, Erholungsort sein u.v.m.

Deshalb hat die bündnisgrüne Bundestagsfraktion Anfang Juli einen großen Kongress mit dem Titel ‚Der Wald ist grün‘ veranstaltet. Während die Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD in der Waldpolitik alles beim alten lassen will, wollen wir Grüne sowohl das Bundeswaldgesetz an die aktuellen Herausforderungen anpassen, als auch endlich ein Urwaldschutzgesetz schaffen, um den Handel mit illegal geschlagenem Holz einzudämmen. Uns reicht es nicht, dass auf der Konferenz zur Biologischen Vielfalt in Bonn viele schöne Worte gemacht worden sind, wir wollen Taten sehen. Ein vitaler Wald, der Sturm, Brand und Schädlingen trotzen kann, muss vielfältig sein. Nicht alle Waldbesitzer haben da ein Einsehen, deshalb wollen wir die Mindestanforderungen an eine nachhaltige Waldbewirtschaftung gesetzlich regeln.

Aber der Wald ist zum Glück nicht nur ein Thema für die Politik. Ich wünsche Ihnen, dass Sie sich bald einmal wieder die Zeit für einen Waldspaziergang nehmen und den Wald in vollen Zügen genießen können.

Cornelia Behm

Aus Klimapaket wird Päckchen voll heißer Luft

Kaum jemand zweifelt noch ernsthaft daran, dass der menschengemachte Klimawandel über kurz oder lang zu einer derart heftigen globalen Erwärmung führen wird, dass es uns Menschen auf diesem Erdball recht ungemütlich wird. Es sei denn, wir steuern um. Das heißt, wir sparen Energie, setzen die Energie effizient ein und steigen von den fossilen Kohlendioxid-Schleudern auf erneuerbare Energien um.

Immerhin hat das auch die Bundesregierung erkannt. Sie hat deshalb im August 2007 in Meseberg Eckpunkte für ein Integriertes Klima- und Energieprogramm (IKEP) beschlossen. Darin wurden Maßnahmen definiert, mit denen die im April des gleichen Jahres von der Regierung festgelegten Energie- und Klimaziele umgesetzt werden sollten. Die Bilanz nach einem Jahr sieht allerdings ernüchternd aus: Die ursprünglichen Regierungspläne sind derart abgeschwächt und verwässert worden, dass alle drei Klimaziele verfehlt werden, also weder der Strombedarf gesenkt, noch die Treibhausgasemissionen reduziert werden. Auch das EU-Effizienzziel der zwanzigprozentigen Senkung des Energieverbrauchs kann so nicht erreicht werden.

Warum ist das IKEP mehr Schein als Sein? Die Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat mit Ecofys ein führendes Beratungsunternehmen in den Bereichen der erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Klimapolitik beauftragt, die im IKEP festgelegten Maßnahmen und die in der Zwischenzeit getroffenen energiepolitischen Entscheidungen zu bewerten.

Die Analyse der geplanten und eingeleiteten Maßnahmen zeigt, dass der Strombedarf von 2006 bis 2020 statt um 11 % nur um 4 bis 6 % gesenkt wird. Die Treibhausgasemissionen werden zwischen 1990 und 2020 nur um ca. 28 % verringert, und nicht wie angekündigt um 40 %. Von diesen 28 % wurden bereits 18 % schon vor 2006 erreicht, nicht zuletzt durch die

Deindustrialisierung Ostdeutschlands. Die rechnerisch noch mögliche zehnprozentige Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2020 wird im Übrigen zumindest teilweise durch Maßnahmen erreicht, die bereits vor 2006 eingeleitet wurden.

Diese Klimapolitik ist das Ergebnis

erbare Wärme-Gesetz auf die Renovierung von Bestandsgebäuden ausgeweitet. Die Liste des Versagens ließe sich weiter fortführen.

Die Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat mit ihrem ‚Energiekonzept 2.0‘ die notwendigen Maßnahmen beschrieben, mit



Teil des Problems: Klimapolitik im Schneckentempo

der großkoalitionären Strategie, die man gut mit ‚ein Schritt vorwärts – zwei zurück‘ beschreiben kann. Aber die Bremser sitzen nicht etwa nur im Wirtschaftsressort, sondern auch der Verkehrsminister, der sich beispielsweise gegen ein Tempolimit wehrt, steht auf der Bremse. Es geht noch weiter: Die Bundesregierung hat weder ein Konzept, wie der schnelle Austausch der stromfressenden Nachtspeicherheizungen realisiert werden soll, noch wurde das Erneuerbare

denen Deutschland selbst ambitioniertere Klimaziele, als die von der Bundesregierung festgelegten, erreichen könnte. Allerdings setzte das voraus, dass die Politik die großen Energie- und Mineralölkonzerne in ihre Schranken weist. Die schwarzrote Bundesregierung hat daran jedoch kein Interesse. Verbal mag Frau Merkel die Klimakanzlerin sein, gemessen an den Taten gehört sie samt ihrem ganzen Kabinett eher zu den Klimafressern.

Der Braunkohleausstieg ist möglich

Eine IZES-Studie belegt: Ostdeutschland lässt sich mittelfristig vollständig durch erneuerbare Energien versorgen.

Im Auftrag der bündnisgrünen über die Rahmenbedingungen für den Braunkohleausstieg hat das Institut für ZukunftsEnergie-Systeme Saarbrücken (IZES) eine Studie erstellt. Erstmals wird schwarz auf weiß belegt, dass sich Klimaschutz und Braunkohleverstromung nicht nur ausschließen, sondern dass die Tagebaue die Abbaugebiete verarmen lassen. Aus den Kohleregionen Ostdeutsch-

lands wandern besonders viele Menschen, vor allem die jüngeren Frauen ab. Die Studie stellt anhand von Daten und Fakten aus der Branche selbst fest, dass die Erschließung neuer Tagebaue und der Bau neuer Kohlekraftwerke überflüssig sind, da die erneuerbaren Energien bis zum Auslaufen der aktuellen Abbaufelder die entstehende Lücke problemlos schließen werden. Bis 2020 könnten die sechs östlichen Bundesländer

bereits 44 Prozent ihres Strombedarfs aus Biomasse, Photovoltaik, Geothermie, (Lauf-)Wasserkraftwerken und Windkraft decken. Der notwendige, mit dem Braunkohleausstieg verbundene Ausbau der erneuerbaren Energien geschieht jedoch nicht von alleine, sondern für diese Entwicklung muss die Politik die Rahmenbedingungen setzen. Die vollständige Studie ist unter www.cornelia-behm.de einsehbar.

Enormes Potential

Gier nach Land bei Vater Staat

Die Affäre um die unrechtmäßige Neubauernenteignung in Brandenburg zeigt den ausgeprägten Aneignungswillen des Landes und die Unbelehrbarkeit des Personals im SPD-geführten Landesfinanzministerium.

Dort scheint die Botschaft des BGH, der das Vorgehen des Landes bei der Aneignung scheinbar „erbenlosen“ Neubauernlandes als „sittenwidrig und eines Rechtsstaates unwürdig“ eingestuft hat, noch immer nicht richtig angekommen zu sein. Diesen Eindruck gewinnt, wer die Äußerungen von Minister Speer (SPD) und Ex-Ministerin Wilma Simon (SPD) verfolgt. Deren fortdauernde Unbelehrbarkeit macht für jeden Außenstehenden erfahrbar, wie es zu dem bis zur letzten Instanz unbeirrbar

Vorgehen des Landes kommen konnte. Brandenburg ist bei der Prüfung der Eigentumsansprüche für Neubauerngrundstücke einen Sonderweg gegangen. Im Unterschied zu anderen Ostländern hat Brandenburg nicht bei Nachbarn, Bürgermeistern oder Flächennutzern nach möglichen Erben der Grundstücke gefragt. Das Land ist daher aufgefordert, diese Recherche nachzuholen. Es reicht

nicht, Grundstücke nur auf Verlangen zurückzugeben. Außerdem hat das Land sich bei „erbenlosen“ Grundstücken anstelle eines Dritten selbst als gesetzlichen Vertreter benannt. Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sind nicht so vorgegangen, während Sachsen dies zum Teil auch so gemacht hat, wenn auch in weitaus geringerem Umfang.

Es ist inakzeptabel, dass Minister Speer und Ministerpräsident Plat-

gen. Dies zeigen Briefe der Landesbehörden an die Betroffenen. Erben wurden z.B. durch Verweis auf mögliche hohe Prozesskosten eingeschüchtert, damit sie die Bescheide des Landes akzeptieren.

Auf bündnisgrünen Antrag hin hat sich auch der Agrarausschuss des Bundestages mit der Affäre befasst. Dort erklärte die Bundesregierung, sie habe keinerlei Veranlassung gesehen, gegen das rechtswidrige Agieren des Landes Brandenburg einzuschreiten. Begründung: Das Handeln der Länder unterliege nicht der Aufsicht der Bundesregierung. Aus bündnisgrüner Sicht aber hätte der Bund sehr wohl agieren müssen. Schließlich hat er die Rechtsgrundlage für die Enteignung tausender Neubauern geschaffen. Es kann der Bundesregierung nicht gleichgültig sein, dass das Land dieses Recht rechtswidrig angewandt hat. Denn dadurch wurde das Vertrauen in den Rechtsstaat bei tausenden von Bürgern untergraben.

Wer die Verbitterung aufgrund der Neubauernenteignungen wahrgenommen hat, der kommt zu dem Ergebnis, dass auch die rechtskonformen Enteignungen nicht hätten stattfinden sollen. Es war ein schwerer Fehler der Regierung Kohl/Genscher, 1992 dieses Enteignungsrecht zu schaffen.

Dokument der Unbelehrbarkeit

Unbedingter Aneignungswille

Brandenburgs Sonderweg



Bodenreformland war in der DDR nur bedingt vererbbar – das sorgt bis heute für Ärger.

Gezänk um Geld beendet

Der Erhalt der sorbischen/wendischen Sprache und Kultur wurde durch den Bund und die Länder Sachsen und Brandenburg seit der Wende finanziell unterstützt. Die Fortführung des Finanzierungsabkommens über das Jahr 2007 hinaus war jedoch umstritten. Nun konnte endlich eine Einigung erzielt werden.

Die Sorben/Wenden siedeln als slawische Minderheit mit etwa 60.000 Angehörigen in Teilen Sachsens und Brandenburgs. Mit ihren Schulen, Theatern und Museen prägen sie über die Grenzen ihres Siedlungsgebietes hinaus die kulturelle Vielfalt unseres Landes. Sachsen und Brandenburg fördern gemeinsam mit dem Bund die sorbische/wendische Minderheit über die „Stiftung für das sorbische Volk“. Das dazu zwischen den drei genannten Parteien zuletzt 1998 ausgehandelte Finanzierungsabkommen war Ende 2007 ausgelaufen. Um eine Neuauflage gab es lange Streit, da vor allem Brandenburg und der Bund ihre Anteile deutlich absenken wollten, trotz des nach wie vor konstanten Finanzbedarfs. Von bündnisgrüner Seite war dieser Finanzbedarf nie angezweifelt worden, denn sowohl die Bundestagsfraktion als auch die sächsische Landtagsfraktion stehen

in engem Kontakt zu den Sorben/Wenden und können die Leistungen der sorbisch/wendischen Kultur- und Bildungseinrichtungen realistisch bewerten. Das brachte Cornelia Behm in ihrer Rede auf der Demonstration der Sorben am 29. Mai in Berlin auch deutlich zum Ausdruck.

Mit einem halben Jahr Verspätung hat man sich nun geeinigt. Dabei haben sich vor allem der Bund und der Freistaat Sachsen bewegt – der Bund, weil er seine weiteren Kürzungspläne für die nächsten

Das Abkommen in Zahlen:

- Laufzeit 5 Jahre, 2008-2012
- Bundeszuschuss konstant 7,6 Mio. Euro jährlich
- Sachsen erhöht ab 2009 Mittel von ca. 5,4 Mio. Euro um jährlich 100.000 Euro auf ca. 5,8 Mio. Euro im Jahr 2012.
- Brandenburg hält Mittel bei ca. 2,5 Mio. Euro jährlich konstant.

fünf Jahre auf Eis gelegt hat, und Sachsen, weil es seinen Anteil in den kommenden Jahren sogar jährlich um 100.000 Euro aufstocken wird.

Die Förderung des sorbischen/wendischen Volkes ist damit gesichert. Auch wenn die Finanzierungshöhe unter dem angemeldeten Bedarf von insgesamt 16,2 Mio. Euro pro Jahr bleibt. Zumindest kann man die Verpflichtung des Bundes, seinen Finanzanteil für die nächsten 5 Jahre auf 7,6 Mio. Euro festzuschreiben, als wichtiges Zeichen dafür werten, dass die Pflege einer lebendigen sorbischen/wendischen Kultur im gesamtstaatlichen Interesse Deutschlands ist. Besonders kritikwürdig ist allerdings, dass Brandenburg dem positiven sächsischen Beispiel nicht folgen wird. Für ein Bundesland, welches sich bei zahlreichen Auftritten mit der nationalen Minderheit schmückt, ist das ein Armutszeugnis.

Der Wert ungetrübter Stille

Brandenburgs Naturräume ziehen viele Touristen an. Lautstarke Vergnügungen haben dort nichts zu suchen. Bündnisgrüne unterstützen Bürgerinitiativen gegen Krawalltourismus.

Ein schwimmender Ponton mit Propellerantrieb sorgt an der Oder für Aufregung. Zwei Investoren wollen mit einem so genannten „Airboat“ über den Fluss karjolen und Touristen damit anziehen. Ihr Argument: Ruhe und Beschaulichkeit allein begeistern heute niemanden mehr. Geld fließe nur dann in die Kassen, wenn etwas Spektakuläres geboten werde. Ein Airboat sei unbedingt notwendig, allein schon wegen der Arbeitsplätze.

Das Problem im Landkreis Märkisch-Oderland ist kein Einzelfall. Sei es ein Landeplatz für Wasserflugzeuge im Schwielowsee oder eine geplante Renn- und Teststrecke in Groß Dölln: Vielerorts gibt es in Brandenburg Konflikte zwischen denjenigen, die ihr Lebensumfeld nachhaltig entwickeln möchten und den ausschließlich wirtschaftlichen Interessen einzelner Privatpersonen. Und immer werden die gleichen Argumente ausgetauscht: Die einen geben vor, mit

„Fun, Action und Abenteuer“ der Region schnell mehr Wohlstand beschere zu können. Die anderen wollen naturverträgliche touristische Angebote entwickeln, die ihnen zwar nicht das schnelle Geld, dafür aber langfristig ein stabiles Einkommen sichern.

Letztere gehen im Oderbruch gegen das Airboat auf die Barrikaden. Es sind Cafébesitzer, Bootsverleiher und Naturführer, die Exkursionen in die artenreiche Gegend anbieten. Sie sind auf Gäste angewiesen, die an den Strom kommen, um sich der Landschaft hinzugeben. Und sie wissen genau, dass das nur funktioniert, wenn es still ist. Nur wer Fluss, Flora und Fauna auch hören kann, erlebt



Krawalltourismus: Das Airboat

die Oder als einzigartigen Naturraum. Das erkennen von Jahr zu Jahr mehr Touristen, die ins Oderbruch kommen. Über dreitausend von ihnen haben in den vergangenen Wochen ihre Unterschrift gegen das Propellerboot mit Hubschraubersound abgegeben. Sie wollen auch in Zukunft die Ruhe genießen können. Und das sichert wiederum die wirtschaftliche Zukunft des Tourismus in der Oderregion.

Auf der Oder ...



... darf kein Airboat lärmern. Um den Protest der Anwohner zu unterstützen und eine sanfte Alternative vorzustellen, lud Cornelia Behm zu einem Pressegespräch auf dem ehemaligen Polizei- und Zollboot „Spring“, das heute naturbegeisterte Touristen über die Oder schippert. Bei herrlichem Sonnenschein und Vogelgesang konnten die Teilnehmer erfahren, dass es gerade diese Ruhe und Beschaulichkeit ist, die die Gegend für Touristen so anziehend macht.

Zur BraLa ...

... in Paaren/Glien kamen auch in diesem Jahr tausende Gäste. Die Bundestagsfraktion war auf der Brandenburgischen Landwirtschaftsausstellung mit einem Stand vertreten. Unter dem Motto „Klima in aller Munde“ wurde Interessierten gezeigt, dass „Essen mit Köpfchen“ zum Klimaschutz beitragen kann. Erdbeeren im Januar und Wurst aus der Massentierhaltung – das muss nicht sein.

Im Bundestag ...

... empfing Cornelia Behm eine Besuchergruppe aus Tirol. Die Bäuerinnen waren zu einer Studienreise nach Berlin gekommen, um über die europäische Agrarpolitik zu diskutieren. Im Mittelpunkt standen Fragen rund um erneuerbare Energien, nachwachsende Rohstoffe und die Agrogentechnik.

In Neuenhagen ...

... befindet sich ein großes Trainingsgelände, das zur Galopprennbahn Hoppegarten gehört. Das Areal ist ein überaus artenreiches und beliebtes Erholungsgebiet, deshalb wollen engagierte Anwohner seine Zersiedlung verhindern. Cornelia Behm nahm an einer Exkursion des NABU teil und ließ sich die Probleme erläutern.

Kleine Terminwahl von Cornelia Behm in Brandenburg. Einen vollständigen und aktuellen Überblick finden Sie unter www.cornelia-behm.de

Juli & August

mit dem Rad in Brandenburgs Regionen unterwegs. Infos unter www.cornelia-behm.de

28. - 31. August

Erste Europäische Grüne Sommer-Universität in Frankfurt/Oder

6. September

„Havelaussichten 2008“ Diskussionsrunde zwischen Befürwortern und Gegner des Havelausbaus während einer Schifffahrt ab Potsdam

12. September

Fraktionstour zur Entwicklung ländlicher Räume in Bugewitz (Meckl.-Vorp.)

13. September

Bundesweiter Anti-Kohle-Aktionstag in Jänschwalde

14. September

Tag der offenen Tür im Bundestag

Impressum

Cornelia Behm Nachrichten

Herausgeberin:

Cornelia Behm (V.i.S.d.P.)
Wahlkreisbüro,
Jägerstr. 18, 14467 Potsdam
Tel.: 0331.887 10 56
Fax: 0331.887 10 55
Internet: www.cornelia-behm.de
cornelia.behm@wk.bundestag.de

Fotos & Grafiken:

– Seite 1: Bündnis 90/Die Grünen –
– Seite 2 & 4: Pixelio.de –
– Seite 3: www.floridaconservation.org, Olaf Goldschmidt (Rückblick) –

Layout/Satz:

WortSchlag.net
Postfach 880135
D – 13107 Berlin
Mail: service@wortschlag.net
www.wortschlag.net

Druck:

Druckerei Edmund Stein GmbH
Berliner Straße 42
16540 Hohen Neuendorf

VDE 17 beenden

Mit dem Wasserstraßenkreuz in Magdeburg ist der Weg für die Binnenschifffahrt nach Berlin frei. Jeder weitere Ausbau der Wasserstraße ist hinsichtlich Aufwand und Nutzen höchst fragwürdig. Doch der Bund plant weiter am Bedarf vorbei. So erscheint der geplante Ausbau der Machnower Schleuse wie eine Autobahn, die in der Sackgasse endet.

Faire Milchpreise

Die seitens der EU beschlossene Milchquotenerhöhung hat zu einem dramatischen Verfall der Erzeugerpreise für Milch geführt. In ihrer Not haben die deutschen Milchviehhalter deshalb erstmals mit einem machtvollen Boykott auf ihre Situation aufmerksam gemacht. Unterstützt wurden sie durch eine große Solidarität der Bevölkerung. Allerdings hat sich die Lage der Milchbauern nach dem Milchstreik nicht wesentlich verbessert. Der Handel hat seine Versprechungen, die Preise für Milchprodukte zu erhöhen, teilweise wieder zurückgenommen. Obwohl sich Minister Seehofer im Gegensatz zu CDU/CSU und SPD auf die Seite der Milchbauern gestellt hat, ist außer warmen Worten nicht viel dabei herausgekommen. Dabei gibt es genug Vorschläge für nationale Maßnahmen zur Milchmengenreduzierung und Preisstabilisierung. Seehofers Credo ‚vom Mundwerk zum Handwerk‘ ist auch in dieser Frage Schall und Rauch und der Minister schlicht ein Maulheld.

Verkehr

Bahnprivatisierung stoppen

Im Hauruck-Verfahren hat die Große Koalition die Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG (DB) am 30. Mai 2008 im Deutschen Bundestag beschlossen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verlangen einen Stopp der Bahnprivatisierung und fordern eine Investitionsoffensive für die Schiene.

24,9 Prozent Anteile am Personen- und Gütertransportgeschäfts der DB sollen an private Anleger verkauft werden. Das Schienennetz bleibt unter der Verwaltung der DB. Mit dieser Entscheidung verstößt die SPD gegen ihren Bundesparteitagbeschluss für ein Volksaktienmodell. Den Privatisierungsbefürwortern ging es am Ende nur darum, den Einstieg in die Vollprivatisierung zu schaffen, egal wie. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gilt hingegen: Schienenverkehr ist eine öffentliche Aufgabe und darf auch nicht indirekt dem Einfluss von Privatinvestoren ausgesetzt sein. Wir fordern deshalb einen sofortigen Stopp der Bahnprivatisierung.

Vor allem der Personenfernverkehr wird unter Renditedruck kommen. Nach der Abschaffung des Interregio steht jetzt der Intercity auf der Kippe. Und statt mehr Güterverkehr auf die

Der Ausverkauf der Schiene hat begonnen.

Naturschutz quo vadis?

Die Naturschutzpolitik Brandenburgs steuert weiter ins Abseits. Seit Jahren liegen kompetente Naturschützer, die für die Landesregierung arbeiten, mit ihrem Arbeitgeber im Rechtsstreit. Zudem wurden in den Schutzgebieten so viele MitarbeiterInnen entlassen, wie in kaum einer anderen Landeseinrichtung. Es ist an der Zeit, dass Landesumweltminister Dietmar Woidke erkennt, was der Naturschutz für Brandenburg bedeutet: er ist das Rückgrat einer nachhaltigen Entwicklung im ländlichen Raum. Hochglanzbroschüren können die Arbeit engagierter MitarbeiterInnen nicht ersetzen. Doch die werden systematisch demotiviert, mit Maulkörben versehen oder durch Überlastung verheizt.

Der eigene Garten

Es ist nach wie vor dringend geboten, bei der Stadtentwicklung Kleingärten im Blick zu behalten. Neben den Grünanlagen sind sie es, die in der Stadt das Mikroklima verbessern. Erfreulicherweise möchten sehr viele Menschen zudem genau wissen, was auf ihren Tisch kommt. Deshalb liegen Kleingärten voll im Trend: Produkte aus dem eigenen Garten: Mehr Bio geht nicht. Initiativen zur Änderung des Bundeskleingartengesetzes, nach denen auf die Pflicht zum Anbau von Obst und Gemüse im Kleingarten verzichtet werden soll, erteilen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine klare Absage: „Nichts gegen Erholungsgärten aber ein Grillplatz auf dem Rasen bedarf nicht des Schutzes durch das Bundeskleingartengesetz.“

Schiene zu bringen, werden private Investoren das Lkw-Geschäft der DB ausbauen. Dort ist schneller Geld zu verdienen, als mit ungleich teureren und weniger flexiblen neuen Lokomotiven und Güterwaggons. Schon heute ist DB Schenker der größte Lkw-Spediteur in Europa.

Durch gewachsenen Investoreneinfluss und den Verzicht auf die

Trennung von Netz und Betrieb wird der DB-Konzern weiterhin die Bahnpolitik im Land bestimmen. Aus unserer Sicht muss der Privatisierung dringend ein klarer ordnungspolitischer Rahmen gesetzt werden. Wir fordern außerdem eine Investitionsoffensive für den Schienenverkehr mit mehr Geld für den umweltfreundlichen Regionalverkehr.

**Intercity
auf der Kippe**

